

Partizipation, Integration, Kotransformation? Ostdeutsche Gewerkschafterinnen und Demokratie im Einheitsprozess

Christian Rau

Die aktuellen Gefährdungen der Demokratie, die besonders in den ostdeutschen Bundesländern akut hervortreten, haben auch das wirkmächtige Bild von der demokratischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Herbst 1989 als Vorstufe der »Wiedervereinigung« (Sabrow 2015) ins Wanken gebracht. Die Frage, welche Ansprüche Ostdeutsche besonders in der Umbruchphase 1989/90 an die Demokratie formulierten, welche Vorstellungen von Demokratie sie hatten und wie sich ihre Erfahrungen mit der Demokratie letztlich gestalteten, stellt sich daher heute umso mehr (Morina 2023).

Historisch-rückblickende Antworten fielen bislang häufig normativ-konfrontativ aus und luden damit die zunehmend polarisierende Debatte über Ost-West-Verhältnisse zusätzlich auf. Auch in der Gewerkschaftshistoriografie spiegelt sich dies wider. Westdeutsche Forscher:innen betonen vor allem die Bedeutung des Institutionentransfers aus dem Westen in den Osten als Beitrag zur Verhinderung mitbestimmungsfreier Räume (Scharer 2011). Ostdeutsche Akteur:innen, überwiegend mit Oppositionshintergrund, werfen den West-Gewerkschaften dagegen vor, durch den »von oben« gesteuerten Transfer eigenständige ostdeutsche Aufbrüche ausbremsen oder gar verhindern zu haben (Plener 2011).

Die Demokratiegeschichte hat in den letzten Jahren zu einer differenzierten Historisierung dieser Staats- und Regierungsform sowie gesellschaftlich-kulturellen Ordnung nach 1945 beigetragen. Dabei rückte auch die soziale Kategorie Geschlecht und deren Verschränkung mit der »Hervorbringung und Praxis von Demokratie« in den Blick (Heinemann/Steber 2021, S. 621). Zugleich verwiesen Geschlechter- und Gewerkschaftshistori-

ker:innen auf die Rolle der gewerkschaftlichen Frauenpolitik als »Clearingstelle« für politische Forderungen und gesellschaftliche Differenzierungen (Summers 2019; Kellershohn 2021).

Der Fokus beschränkte sich dabei aber auf Westdeutschland; eine Erweiterung dieser geschlechtergeschichtlichen Perspektive auf die postsozialistische Gewerkschafts- und Demokratiegeschichte in Ostdeutschland steht noch aus. Sie muss an der Ausgangsbeobachtung und -hypothese ansetzen, dass Geschlecht als soziale und politische Kategorie in der DDR nicht auf Praktiken der Demokratie bezogen war, dass sich Geschlechterkonstruktionen der sozialistischen Diktatur aber nach 1989/90 auf Praktiken der Demokratie übertrugen bzw. diese mitprägten.

In Westdeutschland zählten Gewerkschafterinnen von Beginn an zu den politisch aktiven Frauen, die die Demokratie im Anschluss an die Tradition der Frauenverbände vor 1933 und im Sinne des antitotalitären Konsenses gegen die DDR mitprägten. Im Deutschen Frauenrat, zu dessen Mitbegründerinnen 1951 Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zählten, stellten die Gewerkschafterinnen die Frauenfrage als Rechtsfrage (Gerhard 1993, S. 34). In den Gewerkschaften brachten sie die Frauenfrage als soziale Frage vor, zunehmend aber auch als Anspruch auf Repräsentation in Mitbestimmungsorganen und Gewerkschaften, trafen dabei jedoch immer wieder auf hartnäckige Widerstände der Gewerkschaftsmänner, die darin einen »falschen Egalitarismus« sahen (Plogstedt 2013).

Innerhalb der DGB-Gewerkschaften wurden diese Konflikte durch die Zunahme weiblicher Gewerkschaftsmitglieder seit den 1970er Jahren, den parallelen Generationswechsel und den Einzug feministischer Ansätze in die gewerkschaftliche Frauenpolitik verschärft. Zugleich traten Konflikte zwischen älteren und jüngeren Gewerkschaftsfrauen hervor. In der gewerkschaftlichen Frauenpolitik der DDR dagegen waren Fragen der Repräsentation und Einflussnahme nicht aufeinander bezogen, sondern vielmehr zwei unverbundene Seiten der Frauenpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Diese erhöhte den Frauenanteil in ihren Organisationen »planmäßig«, während sie gleichzeitig staatliche Versorgungsleistungen und Qualifizierungsmöglichkeiten für Frauen garantierte.

Einfluss konnten Gewerkschafterinnen in der DDR lediglich auf die Verteilung etwa von Kindergartenplätzen oder Wohnungen vor Ort nehmen, wo sie auch Teil informeller Versorgungsnetzwerke wurden (Hürtgen 2005, S. 176–180; Harsch 2007, S. 87–132). Für das Funktionieren dieser Ver-

sorgungsnetzwerke war die Frage der Repräsentation auf den Hierarchiestufen des Apparats irrelevant. Davon ausgehend fragt dieser Beitrag, wie sich das Verhältnis von Demokratie und Geschlecht im gewerkschaftlichen und politischen Transformationsprozess in Ostdeutschland gestaltete.

Damit sind auch Fragen nach Prozessen der Kotransformation berührt, also der Rückwirkung des West-Ost-Transfers auf den Westen (Ther 2022). Durch den gewählten Modus der »Wiedervereinigung« waren auch in den DGB-Gewerkschaften, die sich auf den Osten ausdehnten, von Beginn an Hoffnungen wie Befürchtungen hinsichtlich der Integration des Ostens verbreitet. Je nachdem, welche Haltung in der jeweiligen Gewerkschaft überwog, gestalteten sich auch die Partizipationschancen für ostdeutsche Akteur:innen. Aber auch diese brachten eigene Erfahrungen, Vorstellungen und Erwartungen ein, die die Aneignungen ebenso prägten wie westliche Vorgaben.

1. Demokratie, Gleichstellung und Gewerkschaften im Umbruchjahr 1990

Die Revolution von 1989 war kein geschlossener Prozess, der alle Ostdeutschen einte. Entsprechend sind bisherige Versuche, dem Ereignis ein passendes Attribut zu verleihen, immer wieder als zu einseitig kritisiert worden (Sabrow 2019). So verschieden die Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Revolution waren, so verschieden waren auch ihre Diktaturerfahrungen und postsozialistischen Demokratievorstellungen.

Die Träger:innen der Revolution, die Oppositionsgruppen und Bürgerrechtler:innen, die seit Dezember 1989 an den Runden Tischen über einen »demokratischen Sozialismus« diskutierten, verstanden unter Demokratie etwas anderes als die betrieblichen Interessenvertreter:innen, die unter dem Dach des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) in der DDR agierten. Viele von diesen grenzten sich zwar seit Herbst 1989 ebenso konsequent von der SED ab, überließen Fragen des »Überbaus« aber den »Künstlern«, die schließlich »am meisten unter diesen stalinistischen Machenschaften zu leiden« gehabt hätten, während sie sich selbst ausschließlich für die wirtschaftliche Zukunft ihrer Betriebe zuständig sahen (Der Spiegel 1989).

Zwischen den Runden Tischen und den Betrieben differierten dabei auch die Vorstellungen von der Gleichstellung der Geschlechter, die wie-

derum eng mit wirtschaftlichen Zukunftsfragen verbunden waren. An den Runden Tischen repräsentierte der Unabhängige Frauenverband (UFV) die Ansprüche ostdeutscher Frauen an den »demokratischen Sozialismus«. In Abgrenzung zur Frauenpolitik der SED und zur autonomen Frauenbewegung der Bundesrepublik vertrat der Verband ein eigenes Konzept von Feminismus, das die Erfahrungen der »doppelten Unmündigkeit der Frauen in einem diktatorisch-patriarchalen System« (Bock 2020, S. 254) reflektierte.

In den Betrieben, wo der Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise schon seit Ende November 1989, als Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eine »Wiedervereinigung« in Aussicht gestellt hatte, zunehmend in der Hinwendung zum Kapitalismus gesehen wurde, stießen Forderungen nach einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der politischen Macht, wie sie – vom UFV inspiriert – auch engagierte FDGB-Funktionärinnen etwa in der Gewerkschaft Wissenschaft vertraten,¹ nur auf wenig Resonanz.

Weder stellten diese Forderungen eine Lösung für die von Frauen in den Betrieben artikulierten Benachteiligungen dar, die sich besonders auf die Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf Lohnungleichheiten bezogen, noch wurden sie als passende Antwort auf die immer bedrohlicher wirkenden »neuen« Benachteiligungen, nämlich den Wegfall von Arbeitsplätzen und sozialpolitischen »Errungenschaften« im Zuge des Übergangs zu kapitalistischen Wirtschaftsformen betrachtet.

Zugleich zeigten auch die betrieblichen Frauenkommissionen ein ambivalentes Verhältnis zur Frauenförderung der SED. Teils hatten sie die sozialistische Emanzipationserzählung internalisiert, der zufolge es Frauen im Sozialismus endlich möglich geworden sei, Beruf und Familie zu vereinbaren und damit zu »vollwertigen« Mitgliedern der »Arbeitsgesellschaft« aufzusteigen; teils empfanden sie die Frauenförderung der SED mit ihrem Idealbild der vollerwerbstätigen Mutter aber auch als belastende Erwartungshaltung, die sich im Alltag aufgrund einer mangelhaften Infrastruktur oft nicht umsetzen ließ. Manche empfanden Frauenförderung sogar als Zwang.²

1 | Gewerkschaft Wissenschaft, Zentralvorstand, Frauenkommission, Vorsitzende Brigitte Weißbach-Hanoldt: Wie weiter in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit? – ein Diskussionsangebot an alle Gewerkschafterinnen und Leitungen im Organisationsbereich der Gewerkschaft Wissenschaft, 28.12.1989. In: Bundesarchiv (BArch), DY 53, 869, unfol.

2 | Vgl. die Reaktionen betrieblicher Frauenkommission in: ebenda.

Dass »alte« und »neue« Benachteiligungen aber ineinandergriffen und Letztere entgegen heute noch vertretener Mythen (Voigtländer 2023, S. 334–346) keineswegs nur westdeutsche Importe waren, lag indes auch im FDGB außerhalb des Denkhorizonts, wo sich vom UFV inspirierte Gewerkschafterinnen und Vertreterinnen der SED-Frauenpolitik oft unverbunden gegenüberstanden. Selbst in einer im Februar 1990 an der FDGB-Hochschule Bernau gegründeten Fraueninitiative blieben diese Fronten bestehen.³

Zugleich verschob sich die Debatte innerhalb der Fraueninitiative immer mehr in Richtung »neuer« Benachteiligungen. Dies entsprach nicht nur der Problemwahrnehmung vieler Frauen in den Betrieben, sondern auch der politischen Entwicklung. Nachdem die Mehrheit der Ostdeutschen bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 für eine rasche »Wiedervereinigung« nach Paragraf 23 des Grundgesetzes votiert hatte, ging es auch der neuen Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) darum, möglichst viele soziale »Errungenschaften« der DDR für Frauen in die Einheit einzubringen (Kaminsky 2016, S. 254 f.).

Unterstützt wurde dies vom DGB, der SPD und dem Deutschen Frauenrat, die am Ende dazu beitragen konnten, dass einige der Forderungen – wie die staatliche Finanzierung von Kindergärten, längere Freistellungszeiten bei der Erziehung von Kindern bzw. Pflege von Angehörigen, das »Babyjahr« und die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch – durch eine Übergangsfrist zumindest noch für einige Zeit erhalten blieben.⁴

Bei den Betriebsratswahlen seit Juni 1990 waren Frauen hingegen auf dem Rückzug. Dabei fand gewerkschaftliches Engagement noch überwiegend in den Betrieben statt, denen als »Vergesellschaftungskernen« (Kohli 1994, S. 39) für das soziale und alltägliche Leben in der DDR eine zentrale Bedeutung zukam.

Die Betriebsratswahlen fanden unmittelbar im Vorfeld der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 statt, in deren Folge die Betriebe, die zu Kapitalgesellschaften geworden waren, auch ihre sozialen

3 | FDGB, Abt. Programmatik und außerparlamentarische Arbeit, Referat Frauen: Vorstellungen zur gewerkschaftlichen Frauenarbeit des FDGB, 26.3.1990. In: BARch, DY 53, 869, unfol.

4 | DGB, Bundesvorstand, Abt. Frauen: Betreff: Einigungsvertrag vom 6.9.1990 – Bewertung, 13.9.1990. In: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), 5/DGAR001348, unfol.

Versorgungsleistungen wie Kindergärten als belastenden Kostenfaktor abstoßen. Zugleich fielen Verpflichtungen aus dem DDR-Arbeitsgesetzbuch wie die Frauenförderung weg, weshalb diese durch den Einheitsvertrag befristet verlängert wurden.

Die mangelnde Berücksichtigung von Frauen bei den Betriebsratswahlen reflektierte nicht nur die besondere Benachteiligung vor allem Alleinerziehender und älterer Frauen, sondern auch den Funktionswandel der Betriebe, in denen die betriebliche Frauenpolitik und damit die in der DDR institutionalisierten geschlechtsspezifischen Zuschreibungen an Frauen keine praktische Relevanz mehr besaßen. Dennoch blieb weibliches Engagement in den Betrieben sicht- und hörbar, was auch dem DGB und seinen Gewerkschaften nicht verborgen blieb,⁵ die seit Frühjahr 1990 zunehmend Beratungsstellen und informelle Kontakte in der DDR aufgebaut hatten.

2. »Ostdeutsche Erfahrungen« in der gewerkschaftlichen Frauenpolitik

Im Zuge der »Wiedervereinigung« und der Übertragung der westdeutschen Gewerkschaftsstrukturen auf die ostdeutschen Bundesländer erfuhren die DGB-Gewerkschaften einen Zuwachs von fast einer Million Neumitgliedern. 35 Prozent davon waren Frauen; gemessen an der Gesamtzahl aller weiblichen Gewerkschaftsmitglieder machten ostdeutsche Frauen sogar einen Anteil von 45 Prozent aus (Dorsch 1996, S. 241).

In den gewerkschaftlichen Vertretungsstrukturen spiegelten sich diese Zahlenverhältnisse allerdings nicht wider. In die Vorstände gelangten nur wenige Ostdeutsche, darunter jedoch einige Frauen wie Jutta Schmidt (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport, Verkehr/ÖTV), Gabriele Glaubrecht (Industriegewerkschaft Bergbau und Energie/IGBE) und Eva-Maria Stange (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft/GEW). In den zentralen Frauenausschüssen waren ostdeutsche Frauen dagegen kaum oder gar nicht vertreten.

5 | IG BEW (Industriegewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft), Referat Frauenarbeit, Brigitte Klemme/Gisela Szymczak: Information über den Betriebs-einsatz vom 2.7.–7.7.90 zur gewerkschaftlichen Frauenarbeit in der IG BEW, 13.7.1990. In: AdsD, 5/DGAR001700, unfol.

Ungeachtet der reinen Zahlen finden sich in den Erinnerungen ost- und westdeutscher Gewerkschafterinnen sowohl Momente der Konfrontation als auch der Kooperation. Beide Seiten verweisen dabei auf unterschiedliche, historisch geprägte und mit gegenseitigen Vorbehalten einhergehende Vorstellungen von Gleichberechtigung, aber auch auf Aneignungsprozesse (Plogstedt 2015, S. 71–80), die nachfolgend im Hinblick auf ihre kotransformativen Effekte in der gewerkschaftlichen Frauenpolitik diskutiert werden.

Die Betrachtung schließt an das Konzept des gewerkschaftlichen Geschlechterwissens an, das Vorstellungen von Gleichstellungspolitik auf verschiedenen Gewerkschaftsebenen in Relation zu ihrer Praxistauglichkeit und Anschlussfähigkeit an andere Bereiche der Gewerkschaften analysiert (Holland 2020). Mit Blick auf die gewerkschaftliche Frauenpolitik im Osten, die sich in der DDR traditionell auf die staatlich garantierte Versorgung und Qualifizierung von berufstätigen Frauen in den Betrieben bezog, wird gefragt, wie sich das damit verknüpfte Geschlechterwissen in die Frauenpolitik der DGB-Gewerkschaften und Vorstellungen von Mitbestimmung einfügte oder diese veränderte.

Der Bedarf an westlicher »Aufbauhilfe« im Osten war groß und wurde von ostdeutschen Gewerkschafterinnen auch aktiv eingefordert. Denn obwohl sich noch im Januar 1990 drei Viertel der in Betrieben aktiven Gewerkschaftsfrauen für eine Beibehaltung von Frauenkommissionen ausgesprochen hatten,⁶ baute der FDGB schon im Prozess der »Gewerkschaftswende« seine Frauenstrukturen ab. Diese seien, so die frühere Leiterin einer FDGB-Frauenkommission, »plötzlich nicht mehr planmäßig« gewesen.⁷ Betrieblich aktive Frauen erwarteten von den neuen Gewerkschaften daher Orientierung. Die Gewerkschaft sei, so eine der Stimmen vom Mai 1990, »momentan jedenfalls [...] nicht die Kraft, die Frauen hilft, ihre Situation zu reflektieren und Gegenstrategien zu entwickeln«.⁸

6 | Gewerkschaftshochschule »Fritz Heckert«; Standpunkte des Vorbereitungskomitees für den außerordentlichen Gewerkschaftskongress, 4.1.1990. In: AdsD, 2/SDPA000091, unfol.

7 | Interview des Autors mit Edelgard Westermann, Dessau, 28.11.2022, Transkript, S. 25.

8 | IGBE, Hauptvorstand, Referat Frauen: Tischvorlage zur Hauptvorstandssitzung am 14. Mai 1990 zum Tagesordnungspunkt 5: Frauenarbeit in der IGBE, Frauen

In den zentralen Frauenausschüssen der DGB-Gewerkschaften schwankte der Blick auf »den Osten« hingegen zwischen Hoffnung und Pessimismus. Einerseits ließ der Zuwachs von weiblichen Neumitgliedern, aber auch die Notwendigkeit einer intensiven Betreuungsarbeit eine Stärkung der Frauenpolitik erwarten, die kaum in die allgemeine Gewerkschaftspolitik integriert war. Andererseits galten ostdeutsche Frauen mit Blick auf die eigene gleichstellungspolitische Agenda oft als zu konservativ. Ob Pessimismus oder Hoffnung überwog, war jedoch vom jeweils dominierenden Geschlechterwissen abhängig, das wiederum maßgeblich darüber mitentschied, wie sichtbar das Engagement ostdeutscher Gewerkschafterinnen innerhalb der Organisationen wurde.

Ein vergleichender Blick auf die IG Metall und die IGBE mag das verdeutlichen. Die Frauenabteilung der IG Metall hatte in den ersten »Wendemonaten« vor allem Kontakte zum UFV geknüpft, der dem politischen Selbstverständnis näher zu stehen und eigene Kämpfe um interne Frauenförderpläne eher zu unterstützen schien als die Gewerkschafterinnen der ostdeutschen IG Metall. Letztere würden, so eine Einschätzung des ostdeutschen Frauengewerkschaftstags Anfang Juni 1990 durch Vertreterinnen der westdeutschen Frauenabteilung, »eine ungeheure Verbandsradikalität« an den Tag legen und einseitig die »Mütter- und Sozialpolitik« verteidigen, die von der SED gewährt, aber nicht gewerkschaftlich erkämpft worden sei.⁹

Organisationspolitische Entscheidungen trugen dazu bei, dass solche Wahrnehmungen kaum Differenzierungen erfuhren. So verzichtete die IG Metall, wie das Gros der DGB-Gewerkschaften, zugunsten klassischer Fachbereiche wie Wirtschafts- und Strukturpolitik auf den Aufbau von Frauenstrukturen im Osten. Hinzu kam bei der IG Metall, dass bis auf Sachsen zunächst keine neuen Bezirksstellen im Osten entstanden, sondern die neuen Verwaltungsstellen an bestehende Bezirke in den alten Bundesländern angegliedert wurden. Die dadurch entstehenden Kommunikationslücken führten auch in der zentralen Frauenabteilung und bei

in Beruf und Gesellschaft, 14.5.1990. In: Archiv für soziale Bewegungen (AfsB), IGBE, 10803B, unfol.

9 | Ulrike Kleinebrahm/Elisabeth Vogelheim: Notiz über den 1. Frauengewerkschaftstag der Industriegewerkschaften der DDR am 8. und 9. Juni 1990 in Bernau, 18.6.1990. In: AdsD, 5/IGMZ620419, unfol.

den zuständigen Bezirkssekretärinnen zur Überlastung, weshalb sie nur sporadisch Kontakte in den Osten aufbauten.¹⁰

In der IGBE dagegen griffen Frauen- und Organisationspolitik beim »Aufbau Ost« stärker ineinander, denn angesichts eines Frauenanteils von kaum vier Prozent gestaltete sich die Frauenpolitik in der Gewerkschaft entsprechend zurückhaltend. Während andere Gewerkschaften in den 1980er Jahren über eigene Frauenförderpläne stritten, konzentrierte sich das Frauenreferat der IGBE darauf, »die Anzahl der Beschäftigten so weit wie möglich zu erhalten« und damit einen Beitrag zum behutsamen Strukturwandel im Bergbau zu leisten.¹¹

Inhaltlich war damit schon in den späten 1980er Jahren eine Brücke zum späteren Problem der Massenarbeitslosigkeit im Osten infolge der Privatisierungen geschlagen, von der auch viele Frauen in gewerblich-technischen Berufen im Tagebau betroffen waren. Zugleich konnte auch der Hauptvorstand nicht ignorieren, dass bei einem Frauenanteil von rund 30 Prozent in den DDR-Bergbaugewerkschaften der Frauenanteil in der IGBE auf 20 Prozent steigen würde.

Die IGBE, so der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Berger im Juni 1990, werde keine reine »Männergewerkschaft« mehr sein und sogar ein weibliches Vorstandsmitglied bekommen – ein Novum in der Geschichte dieser Gewerkschaft (Ruhr-Nachrichten 1990; Westfälische Rundschau 1990). Gabriele Glaubrecht, die seit den späten 1970er Jahren in unteren Funktionen des FDGB tätig gewesen war und im Mai 1991 den neu geschaffenen Vorstandsbereich für Frauen und Jugend übernahm (Stadtland 1997, S. 348), verfolgte freilich keine progressive Linie, sondern ordnete sich ganz in die Diskurse der »Männergewerkschaft« ein.

Dem korrespondierte trotz vorhandener Ängste vor Ost-West-Konflikten eine insgesamt optimistische Haltung im IGBE-Frauenhauptausschuss, dessen westdeutsche Mitglieder sich einen erheblichen Bedeutungsgewinn für die eigene Agenda erhofften. Inhaltlich blieben neue Impulse, die die vorsichtig vorgetragene Forderung nach Quotierung unterstützen oder Fortschritte bei der betrieblichen Frauenpolitik in Gang setzen würden, al-

10 | IG Metall, Hauptvorstand: Protokoll der Sitzung des Frauenausschusses am 30./31.10.1990. In: AdsD, 5/IGMZ620154, unfol.

11 | IGBE, Frauensekretärin beim Hauptvorstand, Brigitte Klemme, an Susanne Auschra, 9.1.1989. In: AfsB, IGBE, 10351, unfol.

lerdings aus. Vielmehr fügten sich die ostdeutschen Gewerkschafterinnen, die seither in den gewerkschaftlichen Frauengremien den Ton angaben, in die Linie des Hauptvorstands ein, der Initiativen der Frauenabteilung weiterhin ausbremste. So blieben die Wirtschafts- und die Tarifkommission der IGBE auch nach 1990 frauenlos.¹²

Damit profitierten die Frauenabteilungen und -ausschüsse der DGB-Gewerkschaften kaum vom Mitgliederzuwachs durch die Integration der ostdeutschen Kolleginnen. Das lag nicht nur in den unterschiedlichen Vorstellungen von Gleichstellung begründet, sondern auch in unterschiedlichen Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit. So zielten westdeutsche Gleichstellungssekretärinnen primär auf die Integration ihres Politikfeldes in sämtliche Bereiche der Gewerkschaftsarbeit, besonders in die Betriebs- und Tarifpolitik. Ostdeutsche Gewerkschafterinnen konzentrierten sich dagegen in Anknüpfung an das staatsbezogene Gewerkschaftsverständnis in der DDR auf Forderungen an die Politik.

Dies war in der Frauenpolitik der DGB-Gewerkschaften jedoch nur ein kleines Feld mit wenig Einflussmöglichkeiten war, was erklärt, warum sich gewerkschaftliche Frauenpolitik in Ostdeutschland vor allem durch die Suche nach pragmatischen Lösungen gegen die fortschreitende Erwerbslosigkeit von Frauen auszeichnete. An die Agenden der Frauenabteilungen erwies sich dieser Pragmatismus hingegen als konzeptionell nicht anschlussfähig. Selbst Debatten in der IG Metall über Potenziale der DDR-Frauenförderung verhallten nach kurzer Zeit (Kremer 2022).

Versuche, diesen örtlichen Pragmatismus konzeptionell einzubinden, gab es dennoch. Mit der »Frauenoffensive« bzw. der Kampagne »Frau geht vor« legte Ursula Engelen-Kefer, seit 1990 im Bundesvorstand des DGB für Sozial- und Arbeitsmarkt- sowie Frauenpolitik zuständig, im Herbst 1991 ein Konzept vor, das die Frauenpolitik des DGB angesichts ihrer zunehmend diagnostizierten Ineffektivität in Ost und West neu aufstellen und die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Fokus gewerkschaftlicher Politik rücken sollte. Nicht zuletzt dem Zuschnitt ihrer Zuständigkeitsbereiche war es zu verdanken, dass sich ein Themenschwerpunkt der »Frauenoffensive« mit der Verbindung

12 | Geschäftsbericht zur 7. Frauenkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Berichtszeitraum 1987 bis 1991. In: AfSB, IGBE, 15725, unfol.

von Frauen- und Struktur- bzw. Wirtschaftspolitik beschäftigen sollte.¹³

Hierzu wurden elf Modellregionen ausgewählt, davon fünf in Ostdeutschland lagen, von denen – so die Hoffnung – Impulse für eine stärkere Integration der Frauen- in die Gewerkschaftspolitik ausgehen sollten. Allerdings erfüllte der vor Ort waltende Pragmatismus, der sich vor allem in projektbezogener staatlicher Arbeitsmarktpolitik realisierte, diese Erwartungen nicht. Staatliche Beschäftigungsprojekte blieben nicht nur zeitlich befristet, sie waren auch von den jeweiligen Fördermöglichkeiten abhängig, die aber im Osten angesichts der besonderen Lage auf dem Arbeitsmarkt stärker institutionalisiert und finanziell »unterfüttert« waren.

Die Bewertung der Ergebnisse der »Frauenoffensive« auf dem Feld der »gleichstellungsorientierten Strukturpolitik« fielen dennoch ambivalent aus. Auf der Habenseite standen verbesserte Kontakte zu Unternehmen und Politiker:innen, aber auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Struktur- und der Frauenpolitik innerhalb des DGB, die sogar eine Institutionalisierung erfahren habe. Auch habe der DGB auf diesem Feld seine Kompetenz gegenüber den Mitgliedsgewerkschaften stärken können.¹⁴

Die Anschlussfähigkeit der Ergebnisse an die Frauenpolitik in den westdeutschen Ländern blieb indes gering, da Gewerkschaftsfrauen dort häufig skeptisch auf die Strukturpolitik blickten, weil diese als auf Männerbranchen konzentriert und Stütze des Kapitalismus wahrgenommen wurde.¹⁵ Auch erwiesen sich in den ostdeutschen Ländern die Förderstrukturen und die Sensibilität für die Erwerbslosigkeit von Frauen als generell günstiger. Dort bezog sich die Förderung jedoch nur auf die »sozialpolitische Dimension«, nicht aber auf Diskriminierungen am Arbeitsmarkt, die als Thema

13 | Ergebnisprotokoll Projektgruppe »DGB-Frauenoffensive«, 15.4.1992 in Düsseldorf. In: AdsD, 5/DGAR000963, unfol.

14 | DGB, Bundesvorstand, Hausmitteilung, Maria Kathmann, an die Abt. Personal, Mechthild Schratz-Nolte: Hauptamtlichen-Qualifizierung im Rahmen der Aktivitäten »Frau geht vor – in der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik«, 29.3.1996. In: AdsD, 5/DGAR001444, unfol.

15 | Hans-Böckler-Stiftung: Frauenförderung in der Wirtschafts- und Strukturpolitik – Dokumentation, Düsseldorf 1994. In: AdsD, 5/DGAR1404, unfol.

in der gewerkschaftlichen Frauenpolitik indes immer wichtiger wurden.¹⁶ Schließlich war der DGB nicht bereit, die »Frauenoffensive« längerfristig zu finanzieren; Mitte der 1990er Jahre endete das Projekt.¹⁷

3. Die Region als Handlungsfeld ostdeutscher Gewerkschafterinnen

Die gewerkschaftliche Frauenpolitik trug in den neuen Bundesländern trotz ihrer geringeren Institutionalisierung im Osten und interner Differenzen in Grundsatzfragen wesentlich dazu bei, das in den Betrieben obsolet gewordene Engagement von Gewerkschafterinnen auf die kommunale und regionale Ebene zu übertragen. Westdeutsche Aneignungen »ostdeutscher Erfahrungen« und somit Kotransformationen in den DGB-Gewerkschaften blieben dagegen aus.

Während die Gewerkschaftsstrukturen auf Landesebene zunächst überwiegend von westdeutschem Personal aufgebaut wurden – darunter auch Frauen, deren Karriere im Westen in einer Sackgasse steckte –, konzentrierte sich der Wirkungskreis ostdeutscher Gewerkschafterinnen anfangs auf die örtliche Ebene. In der IGBE waren schon kurz nach der »Wiedervereinigung« 115 Frauen in Kreisfrauenausschüssen organisiert.¹⁸ Unter dem Dach des DGB bildeten sich aus ehemaligen betrieblichen Frauengruppen zunächst lose Frauengruppen, seit 1992 dann ebenfalls vermehrt Kreisfrauenausschüsse.¹⁹

Anders als im Westen unterstützten Kreisvorsitzende im Osten die Bildung dieser Ausschüsse häufig aktiv, ja wollten sich sogar über Frau-

16 | Mechthild Kopel (Beraterin ISA-Consult)/Christine Ochs (Wissenschaftliche Referentin am WSI)/Astrid Ziegler (wissenschaftliche Referentin am WSI): Frauenförderung und regionale Strukturpolitik – ein mühsamer Weg der Annäherung?, 25.4.1996. In: AdsD, 5/DGAR001446, unfol.

17 | Protokoll der Sitzung der Landesfrauensekretärinnen am 18. Januar 1995 in Düsseldorf, 30.1.1995. In: AdsD, 5/DGAR001517, unfol.

18 | IGBE, Hauptvorstand, HA Tarifpolitik/Angestellte, Abt. Frauen: Stand der Entwicklung der IGBE-Frauenarbeit in den neuen Bezirken, 16.1.1990. In: AfsB, IGBE, 15086, unfol.

19 | DGB, Bundesvorstand, Abt. Frauen: Gedanken bzw. Ergänzungen zu den Richtlinien für die Frauenarbeit im DGB, 15.1.1993. In: AdsD, 5/DGAR001535, unfol.

enpolitik profilieren.²⁰ Damit korrespondierte eine auf dieser Ebene und im Vergleich mit dem Westen bessere Repräsentation von Frauen. 1994 lag deren Anteil unter den Kreisvorsitzenden des DGB im Osten mit 24 Prozent deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 12 Prozent.²¹ In den ostdeutschen Landesbezirksvorständen der IGBE lag der Frauenanteil schon vor der Gewerkschaftsfusion am 1. November 1990 durch Personalübernahmeentscheidungen bei leicht über 50 Prozent.²²

Zusätzlich zur Unterstützung durch Kreisvorstände konnten ostdeutsche Gewerkschafterinnen in ihren Regionen auch auf Frauennetzwerke zurückgreifen, in denen sich das Erbe des »Frauenaufbruchs« der »Wendezeit« niederschlug. Neben kommunalen Frauenbeauftragten, die der UFV bereits an den Runden Tischen durchsetzen konnte, waren dies vor allem Frauenforen, die durch staatliche Arbeitsmarktprogramme finanziert wurden und in Abgrenzung zum Verbändelobbyismus in Westdeutschland, aber auch zur autonomen Frauenbewegung ein zentrales Bindeglied zwischen vorpolitischem und politischem Raum darstellten.

Mit diesen Netzwerken im Rücken konzentrierten die lokalen Frauenausschüsse im Osten ihre Aktivitäten überwiegend auf die Einflussnahme auf die Kommunal- und Landespolitik mit dem Ziel, Arbeitsmarktprojekte für Frauen zu initiieren, die jedoch auf die besonderen Förderprogramme für den Osten zur Bewältigung der Transformationsfolgen angewiesen waren. In den Erinnerungen ostdeutscher Gewerkschafterinnen werden diese Arbeitsmarktprojekte oft als zentrale Erfolgsmomente memoriert; darüber hinausgehende Aktivitäten entwickelten sie aber häufig nicht.²³

Die Effekte dieser zeitlich befristeten Aktivitäten waren damit ambivalent. Zum einen spiegeln sie die Offenheit der West-Gewerkschaften für

20 | DGB, Bundesvorstand, Abt. Frauen, Gabi Schmidt: Protokoll des Arbeitsgruppentreffens »Frauen in den neuen Bundesländern« am 2. Juni 1992 in Leipzig, 29.6.1992. In: AdsD, 5/DGAR000961, unfol.

21 | Bericht über die Kreisvorsitzenden-Wahlen (1994). In: AdsD, 5/DGAR001532, unfol.

22 | IGBE, Geschäftsführender Vorstand: Personalübersicht und zu treffende Personalentscheidungen, 23.7.1990. In: AfsB, IGBE, 16182, unfol.

23 | Protokoll, Sitzung zur Koordination der Frauenpolitik in den DGB-Landesbezirken am 28. Juli 1995 beim DGB-Bundesvorstand. In: AdsD, 5/DGAR001517, unfol.

eigensinnige Aneignungen ihrer Strukturen durch ostdeutsche Akteur:innen wider, die dabei an ihre durch DDR-Erfahrungen geprägten Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit als primär auf den Staat bezogen anknüpfen konnten.

Besonders die Mitwirkung an informellen Versorgungsnetzwerken in der DDR wurde dabei von Ost-Gewerkschafterinnen wie Veronika Mantel, seit November 1990 für die ÖTV (bzw. die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di als Nachfolgeorganisation) auf lokaler Ebene tätig, zum Anknüpfungspunkt für individuelle Vorstellungen von »demokratischer Gewerkschaftsarbeit«:

»Wir haben schon versucht dort Lücken zu finden, wo Lücken zu finden waren[,] und haben dann versucht, das durchzusetzen, was wir wollten.«²⁴

Zum anderen aber blieben weitere Felder gewerkschaftlicher Frauenarbeit, die in den westdeutschen Ländern Priorität hatten – etwa die gewerkschaftliche Frauenförderung oder die Integration der Frauenpolitik in die Tarif- und Betriebsarbeit – im Osten vernachlässigt. Zudem ließ sich das Engagement ostdeutscher Gewerkschafterinnen angesichts der zeitlichen Begrenzung der Arbeitsmarktförderung oft nur dauerhaft aufrechterhalten, wenn sie in die Politik wechselten. Das aber taten nur wenige.

Zu Letzteren zählt Heidi Becherer, die nach 20 Jahren DGB-Arbeit drei Legislaturperioden lang für die SPD dem Chemnitzer Stadtparlament angehörte und dort für Sozialpolitik zuständig war.²⁵

Einen ähnlichen Weg schlug Edeltraud Rogée ein, die sich – wie Veronika Mantel – von einer lokalen Funktion im FDGB aus aktiv am Reformprozess der DDR-Gewerkschaften beteiligte, seit 1990 als Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen (HBV) in Sachsen-Anhalt agierte und von 2001 bis 2007 stellvertretende ver.di-Landesvorsitzende war. Seit 1998 verband sie ihr Engagement für berufstätige und erwerbslose Frauen mit einem Mandat im Landtag, in den sie über

24 | Interview mit Veronika Mantel, o.O., 29.1.1993, Transkript, S. 13. In: AdsD, 6/VIDZ000080.

25 | Interview des Autors mit Heidi Becherer, Chemnitz, 15.6.2022, Transkript, S. 8.

die Liste der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) eingezogen war.²⁶

Gewerkschaftsarbeit auf örtlicher und regionaler Ebene erwies sich für einige ostdeutsche Gewerkschafterinnen wie Becherer und Rogée als wichtige Brücke auf dem Weg vom betrieblichen bzw. lokalen Engagement – in den meisten Fällen im Rahmen des FDGB – zum politischen Engagement in der Demokratie. Gewerkschaftliche Frauenpolitik stellte auf diesem Weg ein wichtiges Scharnier für ostdeutsche Frauen dar, während in westdeutschen Frauenausschüssen Bündnisse mit autonomen Frauengruppen wichtiger waren. Darin spiegelt sich auch die für den westdeutschen Diskurs relevantere Erfahrung der strukturellen Benachteiligung innerhalb der Organisation wider, die im ostdeutschen Frauendiskurs weniger präsent und handlungsleitend war (und häufig noch immer ist).

4. Zusammenfassung

Ostdeutsche Gewerkschafterinnen der »Wendezeit« waren überwiegend nicht am ostdeutschen »Frauenaufbruch« beteiligt. Sie stammten entweder aus unteren Funktionen des FDGB oder engagierten sich erst im Verlauf des Jahres 1990, was nicht selten mit beruflichen Neuorientierungen korrelierte. Nur wenige von ihnen hatten einen Oppositionshintergrund.

Die gewerkschaftliche Frauenpolitik und die demokratische Praxis in Ostdeutschland erhielten durch Aneignungen jener Gewerkschafterinnen aber eine besondere Prägung. Sie brachten ihre Leitbilder und Handlungskonzepte, die durch die Frauenpolitik der SED, aber auch ihre eigenen Erfahrungen bei lokalen Aushandlungsprozessen in der DDR geprägt waren, in demokratische Verfahren ein und gestalteten diese entsprechend aus. Dabei spielte Geschlecht als Bezugskategorie für politisches Handeln eine wichtige Rolle, besonders in der Arbeitsmarktpolitik. Anders als in den alten Bundesländern spielte Geschlecht aber als Wahrnehmungskategorie der Demokratie keine nennenswerte Rolle.

Dies lässt sich neben DDR-spezifischen Erfahrungen und Handlungsmustern auch mit anderen Handlungsbedingungen im Vergleich zu West-

26 | Zum Engagement von Edeltraud Rogée vgl. Archiv des Demokratischen Sozialismus (ADS), Knake-Werner – 116, Bd. 3.

deutschland erklären. Frauenpolitik war in den ostdeutschen Bundesländern zwar alles andere als konfliktfrei, fand aber deutlich mehr Unterstützung, nicht nur durch Frauennetzwerke in den Regionen, die als Erbe des »Frauenaufbruchs« der »Wendezeit« auf die Politik bezogen waren, sondern auch durch Kreisvorsitzende des DGB. Zudem war Frauenpolitik – untypisch für die westdeutsche Frauenpolitik – stärker in die regionale Strukturpolitik integriert, ging aber über dieses Feld kaum hinaus. Damit gingen von dieser Praxis auch keine Impulse für die gewerkschaftliche Frauenpolitik insgesamt aus.

Gewerkschafterinnen waren Teil der demokratischen Kultur in Ostdeutschland, die durch Parlamentsdebatten und Medienberichte sichtbar war, aber in hohem Maße auch auf nicht-öffentlichen Verhandlungen beruhte, kaum hingegen auf Protestaktionen. Diese Logiken der Sichtbarkeit trugen wesentlich dazu bei, dass die positiven Erinnerungen ostdeutscher Gewerkschafterinnen an die Demokratie in Ostdeutschland nach 1989/90 heute kaum mehr sichtbar sind.

Zudem wird dieser Teil der Gewerkschaftsgeschichte durch eine gewerkschaftliche Erinnerungskultur überlagert, die vor allem die westdeutschen Fort- und Rückschritte reflektiert. Ostdeutsche Frauen erscheinen in dieser Metaerzählung entweder als Opfer des neoliberalen Backlash (Gerhard 2013) oder treten nur bei Grundsatzkonflikten um die Gleichstellung als gewerkschaftliche Akteurinnen ins Blickfeld. Dieser Innenblick lässt sich indes aufbrechen, wenn die Region als gewerkschaftliches Handlungsfeld zum Ausgangspunkt der Erinnerungskultur gemacht wird.

Literatur und Quellen

Archive

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD).
Archiv des Demokratischen Sozialismus, Berlin (ADS).
Archiv für soziale Bewegungen, Bochum (AfsB).
Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BArch).

Interviews

Interview mit Veronika Mantel, o.O., 29.1.1993, Transkript. In: AdsD, 6/VIDZ000080.

Interview des Autors mit Heidi Becherer, Chemnitz, 15.6.2022, Transkript.

Interview des Autors mit Edelgard Westermann, Dessau, 28.11.2022, Transkript.

Literatur

Alle im Folgenden genannten Webseiten wurden zuletzt am 14.1.2025 abgerufen.

Bock, Jessica (2020): Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000, Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.

Der Spiegel (1989): »Der Klassenfeind kann kommen«. Rostocker Werftarbeiter über die DDR, den Westen und die Wiedervereinigung. In: Der Spiegel, H. 51, 17.12.1989. www.spiegel.de/politik/der-klassenfeind-kann-kommen-a-784d4954-0002-0001-0000-000013497938?context=issue.

Dorsch, Martina (1996): Statistisches Material zur Mitgliederentwicklung der acht größten Einzelgewerkschaften und des DGB. In: Bergmann, Joachim/Schmidt, Rudi (Hrsg.): Industrielle Beziehungen. Institutionalisierung und Praxis unter Krisenbedingungen, Opladen: Leske + Budrich, S. 237–253.

Gerhard, Ute (1993): »Fern von jedem Suffragettentum« – Frauenpolitik nach 1945, eine Bewegung der Frauen? In: Wischermann, Ulla/Schüller, Elke/Gerhard, Ute (Hrsg.): Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, Frankfurt am Main: Ulrike Helmer, S. 9–40.

Gerhard, Ute (2013): 1989 and the Crisis of Feminist Politics. In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): United Germany. Debating Processes and Prospects, New York/Oxford: Berghahn Books, S. 135–153.

Harsch, Donna (2007): Revenge of the Domestic. Women, the Family, and Communism in the German Democratic Republic, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Heinemann, Isabel/Steber, Martina (2021): Geschlecht und Demokratie. Deutungskämpfe um die Ordnung der Gesellschaft in der Bundesre-

- publik Deutschland. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69, H. 4, S. 669–678. <https://doi.org/10.1515/vfzg-2021-0043>.
- Holland, Judith (2020): Geschlechterwissen in Gewerkschaften – eine Typologie von Deutungsmustern gewerkschaftlicher Geschlechterpolitik. In: AIS-Studien 13, H. 2, S. 161–173. <https://doi.org/10.21241/ssor.70997>.
- Hürtgen, Renate (2005): Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln: Böhlau.
- Kaminsky, Anna (2016): Frauen in der DDR, Berlin: Ch. Links.
- Kellershohn, Jan (2021): Clearingstellen der Differenz. Perspektiven der jüngeren und jüngsten Gewerkschaftsgeschichte. In: Archiv für Sozialgeschichte 61, S. 537–568. http://library.fes.de/pdf-files/afs/bd61/afs61_21_kellershohn.pdf.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart: Klett, S. 31–61.
- Kremer, Anne (2022): Transformierte Geschlechterpolitiken in der »Gewerkschaftseinheit«? Betriebliche Frauenförderung und die vereinigte IG Metall. In: Jahrbuch Deutsche Einheit 3, S. 183–196.
- Morina, Christina (2023): Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren, München: Siedler.
- Plener, Ulla (Hrsg.) (2011): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990–1994). Tagung vom 2. April 2011 in Berlin. Beiträge und Dokumente, Berlin: Nora.
- Plogstedt, Sibylle (2013): »Wir haben Geschichte geschrieben«. Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945–1990), Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Plogstedt, Sibylle (2015): Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990–2010), Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Ruhr-Nachrichten (1990): Gewerkschaftsspitze mit Dame möglich. In: Ruhr-Nachrichten vom 21.6.1990.
- Sabrow, Martin (2015): Mythos Einheit? Die deutsche Wiedervereinigung als zeitgeschichtliche Herausforderung. In: Sabrow, Martin/Koch, Alexander (Hrsg.): Experiment Einheit. Zeithistorische Essays, Göttingen: Wallstein, S. 9–25.

- Sabrow, Martin (2019): Wem gehört »1989«? In: Sabrow, Martin (Hrsg.): Bewältigte Diktaturvergangenheit? 20 Jahre DDR-Aufarbeitung, Leipzig: AVA, S. 9–20.
- Scharrer, Manfred (2011): Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin/New York: De Gruyter.
- Stadtland, Helke (1997): Daten zur Entwicklung der Verbände im DGB. In: Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Ein neues Band der Solidarität. Chemie – Bergbau – Leder. Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, Hannover: Qubus media, S. 321–352.
- Summers, Sarah E. (2019): Finding Feminism: Rethinking Activism in the West German New Women's Movement of the 1970s and the 1980s. In: Hagemann, Karen/Harsch, Donna/Brühöfener, Friederike (Hrsg.): Gendering Post-1945 German History. Entanglements, New York/Oxford: De Gruyter, S. 184–206.
- Ther, Philipp (2022): Kotransformation – Reichweite und Grenzen eines Konzepts. In: Jahrbuch Deutsche Einheit 3, S. 15–36.
- Voigtländer, Henrike (2023): Sexismus im Betrieb. Geschlecht und Herrschaft in der DDR-Industrie, Berlin: Ch. Links.
- Westfälische Rundschau (1990): IG Bergbau bald »keine Revier- und Männergewerkschaft« mehr. In: Westfälische Rundschau vom 21.6.1990.

